

Straßenreinigungssatzung

über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bottrop
(Straßenreinigungssatzung)

Aufgrund von § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.04.2019 (GV. NRW. S. 202) in der zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Satzung geltenden Fassung, des § 3 Abs. 2, Nr. 1 der Satzung für das Kommunalunternehmen „Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung“ Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Bottrop vom 27.06.2000 in der jeweils geltenden Fassung, der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712) in den jeweils geltenden Fassungen,

hat der Verwaltungsrat der Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung, Anstalt des öffentlichen Rechts, in seiner Sitzung am 27.11.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Inhalt der Reinigungspflicht

- 1) Die BEST AöR betreibt die Reinigung der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Straßen) innerhalb der geschlossenen Ortslagen, bei Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen jedoch nur der Ortsdurchfahrten, als öffentliche Einrichtung, soweit die Reinigung nicht nach §§ 2 ff. dieser Satzung den Grundstückseigentümern übertragen wird. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- 2) Die Reinigung umfasst die Straßenreinigung sowie die Winterwartung der Gehwege und der Fahrbahnen. Die Straßenreinigung beinhaltet die Entfernung aller Verunreinigungen von der Straße, die die Hygiene oder das Stadtbild nicht unerheblich beeinträchtigen oder eine Gefährdung des Verkehrs darstellen können. Die Reinigungspflicht der BEST AöR beinhaltet als Winterwartung insbesondere das Schneeräumen sowie Bestreuen an den gefährlichen Stellen der verkehrswichtigen Straßen bei Schnee- und Eisglätte. Art und Umfang der Reinigungspflichten der Anlieger ergeben sich aus §§ 2, 3 und 4 dieser Satzung.
- 3) Als Gehwege im Sinne dieser Satzung gelten
 - a) alle selbstständigen Gehwege
 - b) die gemeinsamen Fuß- und Radwege (Zeichen 240 StVO)
 - c) alle erkennbar abgesetzt für die Benutzung durch Fußgänger vorgesehenen Straßenteile sowie
 - d) Gehbahnen in 1,50 m Breite ab begehbarem Straßenrand bei allen Straßen und Straßenteilen, deren Benutzung durch Fußgänger vorgesehen oder geboten ist, insbesondere in verkehrsberuhigtem Bereichen (Zeichen 325/326 StVO) und Fußgängerbereichen (Zeichen 242/243 StVO).
- 4) Als Fahrbahn im Sinne dieser Satzung gilt die gesamte übrige Straßenoberfläche, also neben den dem Fahrverkehr dienenden Teilen der Straße insbesondere auch die Trennstreifen, befestigten Seitenstreifen, die Bankette, die Bushaldebuchten sowie die Radwege.

§ 2 Übertragung der Reinigungspflichten auf die Grundstückseigentümer

- 1) Die Reinigung der Fahrbahnen und Gehwege wird den Eigentümern der an sie angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke auferlegt. Die Reinigungsstufe, die Winterdienststufe, die Reinigungshäufigkeit und wer für die Reinigung zuständig ist (BEST AöR oder der Eigentümer) ergibt sich aus der Anlage 1 für die Gehweg- und Straßenreinigung und Anlage 2 für den Winterdienst auf Gehwegen und Fahrbahnen. Die Anlagen sind Bestandteile dieser Satzung.
- 2) Die nach anderen Rechtsvorschriften bestehende Verpflichtung des Verursachers, außergewöhnliche Verunreinigungen oder Abfall unverzüglich zu beseitigen, befreit den Reinigungspflichtigen nicht von seiner Reinigungspflicht.

§ 3 Umfang der übertragenen Straßenreinigungspflicht

- 1) Die Fahrbahnreinigungspflicht erstreckt sich jeweils bis zur Straßenmitte. Ist nur auf einer Straßenseite ein reinigungspflichtiger Anlieger vorhanden, erstreckt sich die Reinigungspflicht auf die gesamte Straßenfläche.
- 2) Selbstständige Gehwege sind entsprechend Abs. 1, die übrigen Gehwege in ihrer gesamten Breite zu reinigen. Die Gehwegreinigung umfasst unabhängig vom Verursacher auch die Beseitigung von Unkraut und sonstigen Verunreinigungen.
- 3) Die Reinigung der Fahrbahnen und Gehwege hat so zu erfolgen, dass belästigende Staubentwicklung vermieden wird. Hierbei entstehende Verunreinigungen sind unter Berücksichtigung der Abfallbeseitigungsbestimmungen unverzüglich zu entsorgen. Laub ist unverzüglich zu beseitigen, wenn es eine Gefährdung des Verkehrs darstellt.

§ 4 Umfang der übertragenen Winterwartungspflicht

- 1) Die Gehwege sind in einer Breite von 1,50 m von Schnee freizuhalten. Auf Gehwegen ist bei Eis- und Schneeglätte zu streuen, wobei abstumpfende Mittel (z. B. Sand) zu verwenden sind. Die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen ist grundsätzlich verboten; ihre Verwendung ist nur erlaubt
 - a) in besonderen klimatischen Ausnahmefällen (z.B. Eisregen), in denen durch Einsatz von abstumpfenden Mitteln keine hinreichende Streuwirkung zu erzielen ist
 - b) an gefährlichen Stellen an Gehwegen, wie z.B. Treppen, Rampen, Brückenauf- oder abgängen, starken Gefälle- bzw. Steigungstrecken oder ähnlichen Gehwegabschnitten.
- 2) An Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel oder für Schulbusse müssen die Gehwege so von Schnee freigehalten und bei Glätte bestreut werden, dass ein gefahrloses Ein- und Aussteigen sowie ein gefahrloser Zu- und Abgang zu den Haltestelleneinrichtungen gewährleistet ist.
- 3) Ist die Winterwartung der Fahrbahnen übertragen, so sind bei Eis- und Schneeglätte
 - a) gekennzeichnete Fußgängerüberwege
 - b) Querungshilfen über die Fahrbahn und
 - c) Übergänge für Fußgänger in Fortsetzung der Gehwege an Straßenkreuzungen oder Einmündungenjeweils bis zur Mitte der Fahrbahn zu bestreuen, wobei abstumpfende Mittel vorrangig zu auftauenden Mitteln einzusetzen sind. § 3 Abs. 1 der Satzung gilt entsprechend.
- 4) Eigentümer deren Grundstücke an Verbindungswege grenzen, haben den vor dem Verbindungsweg liegenden Gehweg jeweils bis zur Mitte zu bestreuen bzw. zu räumen.
- 5) Gehwege vor Gemeinschaftsgrundstücken (z.B. Garagenhöfe) sind von den Eigentümern zu bestreuen bzw. zu räumen.
- 6) In der Zeit von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind unverzüglich nach Beendigung des Schneefalls bzw. nach dem Entstehen der Glätte zu beseitigen. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee und entstandene Glätte sind werktags bis 7.00 Uhr, sonn- und feiertags bis 9.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. Der Schnee ist auf dem an die Fahrbahn grenzenden Teil des Gehweges oder notfalls auf dem Fahrbahnrand so zu lagern, dass der Fußgänger- und Fahrverkehr hierdurch nicht mehr als unvermeidbar gefährdet oder behindert wird. Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Materialien bestreut, salzhaltiger oder sonstige auftauende Mittel enthaltender Schnee darf auf ihnen nicht gelagert werden. Die Einläufe der Entwässerungsanlagen und die Hydranten sind von Eis und Schnee freizuhalten. Schnee und Eis von Grundstücken dürfen nicht auf die Straße geschafft werden.

§ 5 Benutzungsgebühren

Die BEST AöR erhebt für die von ihr durchgeführte Reinigung öffentlicher Straßen Benutzungsgebühren nach § 6 Abs. 2 KAG NRW in Verbindung mit § 3 Abs. 1 StrReinG NRW. Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Interesse an der Reinigung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebührenpflicht nicht besteht, trägt die Stadt Bottrop.

§ 6 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- 1) Maßstab für die Benutzungsgebühr sind die Seiten eines Grundstücks entlang der gereinigten Straße, durch die das Grundstück erschlossen ist (Frontlänge nach Berechnungsmetern), und die nach Straßenart, Umfang und Häufigkeit der Reinigung bestimmte Reinigungsklasse/Winterdienststufe gemäß den anliegenden Straßenverzeichnissen.
- 2) Als Frontlängen sind die Seiten zu berücksichtigen, die mit der Straßengrenze gleich verlaufen (angrenzende Fronten) und die ihr zugewandt sind (zugewandte Fronten). Zugewandte Fronten sind die Seiten und Abschnitte der Grundstücksbegrenzungslinie, die in gleichem Abstand oder in einem Winkel von weniger als 45 Grad zur Straßengrenze verlaufen. Grenzt eine Seite nur teilweise an die Straße oder ist sie ihr nur teilweise zugewandt, so werden die Frontlängen zugrunde gelegt, die sich bei gedachten Verlängerungen der Straße in gerader Linie ergeben würden. Keine zugewandten Seiten sind die hinter angrenzenden und zugewandten Fronten liegenden Seiten.
- 3) Danach zu berücksichtigende angrenzende und zugewandte Fronten sind zu addieren.
Wird ein Grundstück über eine unselbständige öffentliche Stichstraße oder einen unselbständigen öffentlichen Stichweg erschlossen, ist nur die an den Hauptzug angrenzende bzw. dem Hauptzug zugewandte Seite zugrunde zu legen. Selbständige Wegeparzellen oder Garagenhöfe, die nur den Zugang oder die Zufahrt zur gereinigten Straße vermitteln, werden nicht berücksichtigt. Wird ein Grundstück nur durch den Wendehammer einer Straße erschlossen, sind der Frontmeterberechnung die Grundstücksseiten zugrunde zu legen, die in gleichem Abstand oder in einem Winkel von weniger als 45 Grad zu einer gedachten geradlinigen Verlängerung der Straße verlaufen. Bei der Feststellung der Grundstücksseiten werden Bruchteile eines Meters bis zu 0,50 m einschließlich abgerundet und über 0,50 m aufgerundet.
- 4) Die Benutzungsgebühr je Frontmeter (Abs. 1 bis 3) beträgt jährlich:
 - a) in Reinigungsklasse S 0: 0,00 €
 - b) in Reinigungsklasse S 1: 0,00 €
 - c) in Reinigungsklasse S 2: 1,54 €
 - d) in Reinigungsklasse S 3: 3,08 €

- e) in Reinigungsklasse S 4: 6,17 €
- f) in Reinigungsklasse S 5: 18,52 €

- 5) Für die Winterwartung wird zusätzlich eine Benutzungsgebühr erhoben. Die Benutzungsgebühr je Frontmeter (Abs. 1 bis 3) beträgt jährlich:
 - a) in Reinigungsklasse W 1: 0,79 €
 - b) in Reinigungsklasse W 2: 0,72 €
 - c) in Reinigungsklasse W 3: 0,00 €
 - d) in Reinigungsklasse W 4: 0,00 €
- 6) Die Reinigungsklassen für die Gehweg- und Straßenreinigung sowie den Winterdienst auf Gehwegen und Fahrbahnen sind in den Anlagen 1 und 2 definiert und festgelegt.

§ 7 Gebührenpflichtige

- 1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte des erschlossenen Grundstücks. Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- 2) Im Fall eines Eigentumswechsels ist der neue Eigentümer vom Beginn des auf den Wechsel folgenden Monats gebührenpflichtig.
- 3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu dulden, dass Beauftragte der BEST AöR das Grundstück betreten, um Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 8 Entstehung, Änderung und Fälligkeit der Gebühr

- 1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der regelmäßigen Reinigung der Straße folgt. Sie erlischt mit dem Ende des Monats, mit dem die regelmäßige Reinigung eingestellt wird.
- 2) Ändern sich die Grundlagen für die Berechnung der Gebühr, so mindert oder erhöht sich die Benutzungsgebühr mit Beginn des auf die Änderung folgenden Monats. Bei einem Ausbleiben der turnusmäßigen Reinigung auf der gesamten Straße bis zu 4 mal im Jahr bzw. bei einem Ausbleiben infolge von Witterung und Feiertagen besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung. Das gleiche gilt bei unerheblichen Reinigungsmängeln insbesondere wegen parkender Fahrzeuge, Straßeneinbauten und Straßenbauarbeiten nur auf einem Teilstück der Straße. Bei einem erheblichen Ausbleiben und erheblichen Mängeln kann der Anspruch auf Gebührenerstattung nur bis zum Ablauf der Klagefrist gegen die folgende Jahresveranlagung schriftlich geltend gemacht werden.
- 3) Die Fälligkeit der Gebühren richtet sich nach den für die Fälligkeit der Grundsteuer geltenden Vorschriften.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

- 1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen § 3 Abs. (3) seinen Reinigungspflichten nicht nachkommt, insbesondere der Pflicht zur Laubbeseitigung bei Vorliegen einer Verkehrsgefährdung,
 - b) entgegen § 4 Abs. (1) Gehwege nicht in der vorgeschriebenen Breite von 1,50 m schnee- und eisfrei hält,
 - c) entgegen § 4 Abs. (1) Salz oder auftauende Mittel an Stellen verwendet wo ihr Einsatz verboten ist,
 - d) entgegen § 4 Abs. (2) bei Gehwegen an Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und Schulbusse nicht für ein gefahrloses Aus- und Einsteigen sorgt sowie einen gefahrlosen Zu- und Abgang zu den Haltestelleneinrichtungen gewährleistet,
 - e) entgegen § 4 Abs. (3) bei übertragener Fahrbahnreinigung nicht die gekennzeichneten Fußgängerüberwege, Querungshilfen über die Fahrbahn und Übergänge für Fußgänger in Fortsetzung der Gehwege an Straßenkreuzungen abstreut,
 - f) entgegen § 4 Abs. (4) Gehwege vor Verbindungswegen nicht bestreut bzw. räumt,
 - g) entgegen § 4 Abs. (5) Gehwege vor Gemeinschaftsgrundstücken nicht bestreut bzw. räumt,
 - h) entgegen § 4 Abs. (6) Schnee und entstandene Glätte nicht innerhalb der vorgegebenen Zeiten beseitigt,
 - i) entgegen § 4 Abs. (6) Schnee in verkehrsgefährdender Art auf dem Gehweg lagert,
 - j) entgegen § 4 Abs. (6) Salz, auftauende Mittel bzw. salzhaltigen oder mit auftauenden Mitteln versetzten Schnee auf Baumscheiben oder begrünten Flächen streut bzw. ablagert,
 - k) entgegen § 4 Abs. (6) Straßeneinläufe und Hydranten nicht von Eis und Schnee freihält,
 - l) entgegen § 4 Abs. (6) Schnee und Eis von Grundstücken auf Straßen schafft.
- 2) Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung. Zuständige Behörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist die Stadt Bottrop.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.